

Bezugspreis:

Monatlich 2.- M., monatlich 2.- M., frei ins Haus, wenn möglich. Postbezugs: Monatlich 2.- M., ggf. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmaliger Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgegriffene Kampfreisepost kostet 1.20 M. „Meines Vorgesetzten“ hat fortgesetzt. Wort 50 Pfg. (zuletzt 2 fortgesetzte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellensuche und Stellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Lesungsgeld 50%, Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Vereine-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 6, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 25. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Allgemeiner Metallarbeiterstreik?

Streik im Siemenskonzern.

Gestern teilten wir mit, daß die Leitung der Siemenswerke den Arbeitern, welche passive Resistenz treiben, mit Entlassung droht. Die passive Resistenz war die Antwort auf die Entlassung von 41 Vertrauensleuten, und diese erfolgte, weil ein Anschlag, worin die Firma mitteilte, daß am Montag wie gewöhnlich gearbeitet wird, von Arbeitern abgelehnt wurde. Wie heute berichtet wird hat die Firma bis jetzt bereits 10 000, nach einer anderen Angabe 14 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen und weitere 20 000 Entlassungen sollen bevorstehen. Die Arbeiter betrachten die Entlassung ihrer Vertrauensleute als eine gegen die Ausübung ihrer Rechte gerichtete Maßregelung. Die Arbeiter berufen sich darauf, daß sie im April d. J. mit der Direktion der Siemenswerke eine Vereinbarung getroffen haben, wonach alle Anschläge am schwarzen Brett, welche Arbeiterangelegenheiten betreffen, vom Arbeiterrat gegenseitig abgelehnt werden müssen. Diese Vereinbarung ist auch bis zum 19. d. Mts. innegehalten worden. Der zur Arbeit am Montag, den 21. d. Mts., aufzufordernde Anschlag, der am 19. d. Mts. publiziert wurde, war nicht vom Arbeiterrat gegenseitig abgelehnt. Deshalb hielten sich die Arbeiter für berechtigt, denselben zu entfernen.

Wenn das zutrifft, dann könnten sich die Arbeiter wohl auf einen formalen Grund zur Entfernung des Plakats berufen. Der gute Glaube könnte ihnen jedenfalls nicht abgesprochen werden. Es scheint uns deshalb nicht gerechtfertigt, wenn die Firma diesen Anschlag zum Ausgang eines so großen Kampfes machen würde, der geeignet ist, unser Wirtschaftsleben schwer zu stören. Es ist ja gar nicht abzusehen, ob ein derartiger Kampf, einmal ausgebrochen, nicht noch weitere Kreise ziehen würde.

Anscheinend ist auch die Leitung der Siemensbetriebe diesen Erwägungen nicht zugänglich, denn nach der Angabe eines hiesigen Abendblattes hat die Organisation der Unternehmerr der Arbeiterorganisation mitgeteilt, daß sie bereit ist, wegen dieses Konflikts zu verhandeln. Die Verhandlungen waren am Sonntagabend angefangen.

Inzwischen ist Donnerstag nachmittag durch geheime Abstimmung der Streik für den gesamten Siemenskonzern beschlossen worden. Dadurch ist die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks in Berlin in unmittelbare Nähe gerückt. Es wird hoffentlich gelingen, in letzter Stunde noch zu einer Einigung zu kommen.

Die Porzellanfabrik in Teget hat jetzt den Hammerschlägen, die seit längerer Zeit im Streik liegen, gekündigt. Es ist seitens der Firma in Aussicht genommen, das Tegeter Werk gegebenenfalls überhaupt zu schließen.

Zu dieser auch aus Braunschweig berichteten Schließungsabsicht muß doch gesagt werden, daß Deutschland sich solchen Luxus nicht leisten kann. Abhängenfalls müssen solche Werke vom Staat weitergeführt werden. Weber-Arbeiter noch Unternehmer dürfen vernünftigerweise jetzt die Produktion stilllegen und die Arbeitslosigkeit noch vergrößern.

Auch im Bereiche der Post hat sich ein Konflikt aus Anlaß des Montagstreiks entwickelt. Die Oberpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen Teilnahme am Streik entlassen. Die Zentralleitung des Bundes der Telegraphenarbeiter hat sich telefonisch an die Oberpostdirektion und den Reichspostminister gewandt und um Rücknahme der Entlassung ersucht. Wie in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Telegraphenarbeiter mitgeteilt wurde, hat Reichspostminister Wieberts geantwortet: „Streik der Telegraphenarbeiter ist ein Verbrechen an den Interessen des Volkes und der Republik. Streik ist begonnen ohne Verhandlungen und daher Kontraktbruch. Entlassungen sind daher gerechtfertigt. Für Verhandlungen ist Oberpostdirektion zuständig. Wegen Gefährdung des Fernsprechdienstes durch Sabotage ist Polizeipräsident und Reichswehr benachrichtigt.“

Der Sekretär des Bundes der Telegraphenarbeiter drohte unter Zustimmung der Versammlung mit dem Generalkrieg, falls die Entlassungen nicht zurückgenommen werden.

Der Friedensvertrag von Amerika doch genehmigt?

„Daily News“ erfahren aus New York, daß eine Aenderung des Friedensabkommens in politischen Kreisen nicht als wahrscheinlich angesehen wird, und daß sogar ein Vorbedacht bezüglich der Genehmigung durch den Senat als ausgeschlossen erscheinen muß. Es ist Wilson offenbar gelungen, so sagt der Korrespondent, die Senatoren von dem Grund der Lage in Europa zu überzeugen.

Schweizerische Sozialdemokratie, Frieden und Internationale.

Aus Basel wird uns geschrieben: In der schweizerischen Arbeiterkammer, soweit sie sich zum Sozialismus bekennt, herrscht jetzt herbe bittere Enttäuschung über das Versagen der französischen Sozialisten anläßlich des internationalen Proteststreikes. Daß die gesamte französische Arbeiterkammer so sehr vor Clemenceau kapituliert, hatte man in der Schweiz nicht erwartet. Nicht, daß man die Latkraft der französischen Sozialisten sehr hoch einschätzte, man weiß, daß sie in der Phrase mächtig, in der Tat bedächtig sind, aber daß sie schon beim Erheben von Clemenceaus Drohsieger so zusammenklappen, das hatte selbst der schlimmste Pessimist nicht geahnt. Wenn nicht ein Frieden im Sinne der internationalen Sozialistenkonferenz vom Februar d. J. zustandekommt, dann wird ihn die französische Arbeiterkammer durch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel erzwingen! wurde in Bern erklärt. Ein solcher Frieden, wie ihn Renaudel in Bern erträumt, ist nun wie alle Welt weiß, nicht zustande gekommen; aber wo bleibt die französische Sozialdemokratie? Italien ist der wankenden Unschlüssigkeit Frankreichs gefolgt und seine Arbeiterkammer verzichtet nun ebenfalls auf die Durchführung des internationalen Proteststreikes; England, Amerika, Belgien usw. haben von vornherein die Teilnahme an diesem Proteststreik abgesehen; die Arbeiterkammer der neutralen Länder ist überhaupt nicht um ihre Teilnahme angefragt worden. Aus diesem Grunde hat auch die Leitung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei von einer aktiven Teilnahme abgeraten und nur die Abhaltung von Protestversammlungen angeraten, die auch nur in einigen Städten abgehalten wurden. Die Basler Arbeiterkammer veranstaltete eine Massenversammlung mit daran anschließendem Umzug; in gleicher Weise demonstrierte auch die Arbeiterkammer von Bern und Zürich, während die welsche Arbeiterkammer jede Teilnahme an dem Protest gegen den Versailler Gewaltfrieden rundweg ablehnte.

Die schweizerische sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig daran, ihr Aktionsprogramm zu revidieren, um dasselbe den heutigen Verhältnissen entsprechend umzugestalten. Im Ziel wird sich das Programm demjenigen von Erfurt angleichen, dagegen soll die Taktik eine vollständig veränderte werden. Mit der Aenderung der Taktik im Zusammenhang steht die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale.

gegen welchen sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei bereits Opposition erhoben hat. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die schweizerische Arbeiterkammer imstande ist, die Bedingungen zu erfüllen, welche die dritte Internationale (Moskauer) an sie stellen wird. Für die Schweiz ist die revolutionäre Epoche noch nicht gekommen, und darum fehlen auch die Voraussetzungen für die Kampftaktik und Methoden, die in den Richtlinien der dritten Internationale vorgeschrieben sind. Ein Beitritt zur dritten Internationale wäre ja nur eine Sympathiebekundung für die Sowjetrepublik, aber dabei würde es auch bleiben, dagegen wäre man durch den Beitritt nur in der eigenen Aktivität und in der eigenen Aktion gehemmt und das ganze wäre dann nur wieder eine Renaudisage der zweiten Internationale mit rötlichen Flaggen und schwärzeren Devisen, aber im Grunde genau so aktionsunfähig wie die letztere. Es wäre nur wieder eine

Internationale der Phrase und Deklamationen,

ohne Kraft und ohne Leben. Nach der sich lebhaft zeigenden Opposition gegen den Beitritt zur dritten Internationale wird es auf dem schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag in Basel sehr lebhaft werden und man wird kaum behaupten dürfen, daß der Beitritt der Schweiz zur dritten Internationale schon gesichert ist.

Heimkehrende Kriegsgefangene.

„Daily News“ vom 22. meldet, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover-Rotterdam in die Heimat zurückzubefördern. Der erste Transport hat sich am 24. d. Mts. auf dem Dampfer „St. Denis“ in Dover eingeschifft.

Entente und russische Kriegsgefangene.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Moskau, 23. Juli. Tschitscherin teilt mit, daß die Sowjetregierung mit allen Mitteln die Absicht der Entente verhindert werde, die in Deutschland lebenden 240 000 russischen Kriegsgefangenen an die Armee Denikin abzuschicken.

Unruhegefahr in Luxemburg!

Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben die Amerikaner das Luxemburgische Gebiet endgültig verlassen. Weil für diesen Fall mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, hat der Gemeinderat von Esch Militär zum Schutz der Eisenerz-Hüttenwerkeanlagen erbeten. Zwei Kompagnien Franzosen liegt jetzt besonders der Schutz der Werke der Gelsenkirchener Hütten-K.G. ob.

Die Offiziersfrage.

Der Offizier im neuen Deutschland befindet sich gewiß nicht in einer einfachen Situation. Die alten Berufsoffiziere, die vor dem Kriege unter dem ihren Monarchen geleisteten Eid in der Armee ihren Dienst taten, sind größtenteils Monarchisten bis auf die Knochen gewesen, und sie fühlten sich mit ihrem Oberherrn so innig verbunden, daß eine Loslösung von ihm geradezu unmöglich war. Dieses Verhältnis war begründet in Tradition und Umgebung, und kein vernünftiger Mensch nahm daran Anstoß. Die Revolution hat dieses Verhältnis jäh gestört. Der Offizier stand nicht mehr unter dem Befehl des obersten Kriegsherrn und nicht mehr in einem persönlichen Befehlverhältnis zu ihm. Dennoch kann man die Gesinnung nicht wie das Hemd wechseln. Es ist darum ganz klar, daß das alte Offizierskorps mit den neuen Verhältnissen innerlich nicht ausgeöhnt ist. Das kann kein persönlicher Vorwurf gegen die Offiziere sein. Unter ihnen wird ein erheblicher Teil sein, der sich ehrlich bemüht, in den neuen Verhältnissen Orientierung zu finden, der aber doch nicht so rasch, als er vielleicht will, sich von den Hemmnissen der Ueberlieferung, der Erziehung und der einseitigen geistigen Einstellung freimachen kann.

Es muß zugegeben werden, daß es diesen Offizieren nicht leicht gemacht worden ist, sich in das in Deutschland neu Gewordene hineinzufinden. Es muß aber auch ausgesprochen werden, daß bei einem Teil des Offizierskorps ein großer Mangel an politischem Takt in dieser schwierigen Situation Deutschlands wahrzunehmen ist.

Koste hat seinen Offizieren gesagt, daß für ihn bei der Indienststellung der Truppenführer nicht die Gesinnung, sondern die berufliche Eignung und der Wille, den notwendigen Sicherheitsdienst mit der vollen Verantwortung zu leisten, maßgebend sind. Damit erscheint uns gleichzeitig ausgesprochen, daß die Offiziere, die den Dienst in der republikanischen Reichswehr annehmen, sich für den Schutz der gegebenen Staatsordnung einsetzen.

Die letzten Äußerungen gewisser Kreise des Offizierskorps und die Haltung in der Öffentlichkeit lassen jedoch erkennen, daß diese unerlässlichen Voraussetzungen für einen militärischen Führer nicht voll beachtet werden. Der monarchistisch gesinnte Offizier muß sich in der Truppe und in seinen Diensthandlungen rein sachlich verhalten. Wenn er — wie es in der letzten Zeit häufig vorgekommen ist — seine monarchistische Gesinnung offen betonen zu müssen, so soll er so viel Einsicht besitzen, daß er dazu vorher den Kopf auszieht und sich in Zivilkleidung steckt. Und daß er, wenn er sich nicht dem Vorwurf großer Taktverletzung aussetzen will, insbesondere in Uniform von allen öffentlichen monarchistischen Demonstrationen, noch dazu mit Hilfe der seiner Führung anvertrauten Truppen, fernhält. In der Truppe muß ein absolut geschlossener Geist und ungetrübte dienstliche Sachlichkeit herrschen, wenn Gerechtigkeit, Diskussionslust, Oppositionsgeist, Spaltung und Unzufriedenheit vermieden werden sollen. Treten diese Erscheinungen in der Truppe auf, so muß ihre Selbstsicherheit darunter leiden, und die Unsicherheit in einem Heeresverband ist — das weiß jeder Offizier — der Anfang vom Ende.

Wir wissen, daß der monarchistische Gedanke im französischen Offizierskorps eine besonders starke Anhängerenschaft hat. Wir wissen aber auch, daß der französische Offizier trotzdem immer ein guter und taktvoller Diener des republikanischen Heeres gewesen ist. Mit der nötigen Selbstbeherrschung muß das in Deutschland ebenfalls erreicht werden.

Wenn die Offiziere für sich in der Öffentlichkeit Rücksicht auf ihre Gesinnung und Gewissensbedenken verlangen, so darf umgekehrt die Bevölkerung von ihnen fordern, daß sie auch Rücksicht auf ihre Empfindungen nehmen.

Das, was in den letzten Tagen in Deutschland in der Öffentlichkeit über monarchistisches Treiben im Dienst befindlicher Offiziere bekannt geworden ist, muß im Interesse der innerstaatlichen Sicherheit und Ruhe aufhören. Das „Militärwochenblatt“ hat auf eine Einsendung des republikanischen Führerbundes folgende ablehnende Begründung gegeben:

Wir bitten von weiteren Zusendungen abzusehen, da das auf monarchischem Boden stehende „Militärwochenblatt“ nicht in der Lage ist, Zuschriften eines Bundes zu veröffentlichen, dessen Mitglieder, soweit sie früher Seiner Majestät dem Kaiser und König den Hahneneid geleistet haben, anscheinend gewillt sind, sich an diesen Eid nicht mehr gebunden zu erachten, nachdem der allerhöchste Kriegsherr aus Unglück gestürzt ist.







Die geheimen Personalakten.

Der 17. Juli 1919 wird für alle Zeiten ein denkwürdiger Tag für die deutsche Beamenschaft bleiben.

Damit haben die geheimen Personalakten und nicht nur sie, sondern auch jede geheime Berichterstattung über die Person eines Beamten ihr Ende gefunden.

Der Verfassungsausschuss hatte auf Grund eines Antrags des Zentrumsabgeordneten Spahn für diesen Punkt folgende Fassung gewählt:

In die Nachweise über die Person des Beamten sind Eintragungen von ihm ungunstigen Tatsachen erst vorzunehmen, wenn dem Beamten Gelegenheit gegeben war, sich über sie zu äußern.

Aus dieser Bestimmung ist klar ersichtlich, daß man nicht daran dachte, mit der Geheimnisfrämerei der Urteile und Berichte über die Beamten endgültig aufzuräumen.

Der Hauptkampf der Beamten richtete sich auch nicht gegen diese Methode, wiewohl es höchste Zeit war, auch mit ihr aufzuräumen.

Dies war der Kern der ganzen Frage. Dies beseitigt zu wissen, das war der Wunsch der Beamtenschaft. Und niemand wird bei ruhiger Ueberlegung behaupten wollen, daß dies Ziel durch die angeführte Verfassungsbestimmung wirklich erreicht worden wäre.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Verdeutschelt von Max Hochdorf.

Ich erfülle meine Lebensaufgabe wie eine fesselnde Pflicht. Ich treffe alle gebührenden Vorsichtsmaßnahmen, damit Maria nichts erfährt.

Zu manchen Zeiten bin ich des Leides voll und sehr zu beklagen. Würde aber jemand in mir lesen, er würde mich gar nicht beklagen wollen.

Ich begegnete auch Frauen, die mich nicht erhören wollten. Unter ihnen befand sich besonders Frau Pierron, eine schöne Bürgerfrau von 25 Jahren.

Gewissensschmach der Beamten endgültig beseitigt hat. Ihre Forderung brachte den entscheidenden Antrag in der Nationalversammlung ein und hat ihn auch gegen alle Angriffe der bürgerlichen Parteien verteidigt.

Sierunter ist nach den Ausführungen des Fraktionsredners in der Nationalversammlung zu verstehen, daß jeder Beamte das Recht hat, seine Akten auch für die rückliegende Zeit einzusehen und gegen ihm bisher unbekannt gebliebene ungerechte Beschuldigungen Stellung zu nehmen.

An unsere Inserenten! Die weitere Verteuerung der Herstellungskosten des 'Vorwärts' zwingt uns, ab 1. August 1919 die Grundpreise für Inserate zu erhöhen.

legt werden, keiner 'Reinigung' unterzogen werden, die dahin geht, Berichte, die ihren Verfassern unangenehm werden könnten, vorher aus den Akten zu entfernen.

Das böse Kapitel der geheimen Personalakten, die nach einem Erlaß schon seit dem Jahre 1848 zu existieren aufgehört hätten, aber infolge der Wackeltrommel der alten Regimes trotzdem weiterbestanden, kann somit endgültig geschlossen werden.

Die befreiende Tat der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß es auch die Forderung der sozialdemokratischen Partei gewesen ist, die den Antrag einbrachte, im Disziplinarverfahren künftig ein Wiederaufnahmeverfahren zu ermöglichen.

Ferner ist es ein großer Erfolg, daß es der sozialdemokratischen Forderung gelungen ist, die von bürgerlicher Seite in die Verfassung lanzierter Bestimmung zu beseitigen, nach der in Zukunft auch eine Degradation der Beamten möglich sein sollte.

und aus ihrer flackernden Ungeschicklichkeit verriet sich noch die eben erst verheiratete Ehefrau. Sie ging dahin und lebte ganz ruhig, geliebt und schweigsam und vollständig blind für meine bewundernden Blicke.

Diese vollständige Unempfindlichkeit hat meine Liebe bis zur Leidenschaft gesteigert. Ich erinnere mich, wie ich an einem Junimorgen voller Angst die Frauenvase betrachtete, die auf dem grünen Rag ihres Gartens trodnete.

Ich habe kein deutliches Gedächtnis an die zeitweilige Eiferjucht behalten, die mich während eines Jahres heimgesucht hat. Zwischen ihr und mir schien ein Anderer zu stehen.

degradierten Beamten aufnehmen soll, bestens bedanken, als Strafflasse zu erscheinen. Wenn Verweise, Geldstrafen und Strafverhütung nichts mehr helfen oder wegen der Schwere der Verfehlung nicht mehr angängig seien, dann bleibt nur noch die Entlassung übrig.

Schließlich muß noch hervorgehoben werden, daß es wiederum das Verdienst der sozialdemokratischen Forderung gewesen ist, daß in die Verfassung eine Bestimmung eingefügt wurde, nach der alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden.

Diese unvergänglichen Marksteine in der Geschichte der Beamtenschaft sind von der Sozialdemokratie gesetzt worden. Von derselben Partei, die den Beamten durch die Revolution auch die politische Freiheit erkämpft hat, und der man trotzdem in reaktionären Kreisen auch heute noch nachsagt, daß sie kein Verständnis für die Beamten habe.

Nationalversammlung zu Weimar

Es folgen die Interpellationen Dr. Feinze und Genossen (D. Sp.) betreffend den Landarbeiterstreik. Die Interpellation Dr. Feinze und Genossen (D. Sp.) begründet Abg. Dufschke (D. Sp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beigelegt, aber er kann jeden Tag wieder neu ausbrechen.

(Hört, hört!) Die Landwirte werden sich trotzdem bemühen, wie sie es bisher immer getan haben, haarscharf zu wirken.

Abg. Behrens (Dnat. Sp.): Die Roder und Förderer der Revolution, die das Streikfever entfesselt haben, werden die Geister, die sie gerufen haben, jetzt nicht loslassen.

Landarbeitsminister Schlöcker: Wer trägt denn die Schuld daran, wenn die Landarbeiter sich verheerenden Exzessen hingelassen zeigen? Das sind diejenigen, die in früheren Jahren es verstanden haben, daß der Landarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren und politisch aufklären konnte.

betrieben worden ist, hat mit Recht viel Unzufriedenheit erzeugt. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Ar-





